



EvB

Erklärung von Bern

Dichiarazione di Berna

Déclaration de Berne



für gerecht produzierte Kleider

Cashing in

Ein Bericht über die Supermarktgiganten Walmart, Tesco, Carrfour, Lidl und Aldi

Der jüngste Bericht der Clean Clothes Campaign (CCC) zeigt auf, wie die fünf Supermarktgiganten Walmart, Tesco, Carrefour, Lidl und Aldi systematisch ihre Marktmacht nutzen, um Preise zu drücken und auf schnelle Trendwechsel zu reagieren. Doch dieses Geschäftsmodell hat einen Preis: Am andern Ende der Lieferkette schufteten Fabrikarbeiterinnen für einen Hungerlohn bis zu über 80 Stunden pro Woche.

Als Giganten auf dem globalen Markt tragen die Supermärkte Walmart, Tesco, Carrfour, Lidl und Aldi wesentlich Verantwortung für die fehlende Umsetzung von Arbeitsstandards, denn durch ihre enorme Grösse und ihre Marktmacht sind sie die eigentlichen Anführer, und nicht die Mitläufer der globalen Abwärtsspirale im Bereich der Arbeitsbedingungen.

„Cashing in“ ist auch ein Bericht über die Bekleidungsindustrie, denn die Bedeutung der Supermärkte im der Bekleidungsindustrie wird oftmals unterschätzt. Heute kauft jeder zweite Deutsche Kleider in einem Discounter wie Aldi oder Lidl, und Carrefour ist in Europa der viertgrösste Kleiderhändler. Millionen von ArbeiterInnen schufteten in Produktionsstätten für die Supermärkte und bezahlen direkt dafür bezahlen, dass eine Jeans heute für weniger als 10 Euro zu haben ist.

So wurde die Studie erhoben:

Die CCC hat 440 ArbeiterInnen in 30 Fabriken befragt, die alle für die fünf Discounter Walmart, Tesco, Carrfour, Lidl und Aldi produzieren. Zusätzlich wurden Interviews mit lokalen NGO- und Businessvertretern, sowie mit fünf direkten Angestellten der Discounter, sechs Zwischenhändlern, zwölf Fabrikmanagern und zwei Beratern für ethischen Handel durchgeführt. Die Studie fand in den vier Ländern Sri Lanka, Indien, Bangladesh und Thailand statt.

Die Studienergebnisse in Kürze – so sieht es in den Fabriken aus:

Der Lohn

- In keiner der untersuchten Fabriken verdienen die ArbeiterInnen einen Lohn, der die Lebenshaltungskosten deckt. In Bangladesh beträgt der tiefste erhobene Grundlohn ohne Überzeitzuschläge 13.5 Euro monatlich – dies bei einem Aldi Lieferanten. Der tiefste Lohn inklusive Überzeitzuschläge beträgt 21 Euro und wurde bei einem Lieferanten erhoben, der Lidl und Walmart beliefert. Um die Lebenshaltungskosten in Bangladesh zu decken bräuchte es rund 48Euro monatlich.

Die Arbeitszeit

- Obwohl vier der fünf untersuchten Supermärkte in ihrem Verhaltenskodex eine Arbeitszeitbeschränkung festschreiben, wird dieses Konzept nicht eingehalten. In manchen Fabriken beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit über 80h wöchentlich. Überzeit ist in vielen Fabriken Pflicht. Vielfach wird die geleistete Überzeit jedoch nicht höher abgegolten oder teilweise gar nicht bezahlt, etwa dann, wenn die Arbeitgeber so unrealistisch hohe Tagesziele setzen, die nicht in der normalen Arbeitszeit erreichbar sind.

Die Rolle der Gewerkschaften

- Obwohl Gewerkschaften gesetzlich zugelassen und ausser in Bangladesh die Gewerkschaftsrechte gesetzlich garantiert werden, berichten die ArbeiterInnen in praktisch jeder der untersuchten Fabriken dass Gewerkschaften zwar eine nette Idee, jedoch völlig unrealistisch in der Umsetzung seien. Das Verhalten des Managements mache es nahezu unmöglich, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Die Jobsicherheit

- FabrikarbeiterInnen werden aus Kostengründen und um ihre Verhandlungsmacht zu schmälern systematisch und zunehmend nur noch temporär oder via Agentur angestellt. Sie können dabei

nicht nur jederzeit den Job zu verlieren, sondern werden oftmals gegenüber den wenigen Festangestellten auch benachteiligt und müssen für tiefere Löhne längere Arbeitszeiten leisten.

Die Einkaufspraxis

- Die Einkaufspolitik der Supermarkt Giganten ist so angelegt, dass ein Maximum an Wettbewerb zwischen den Zulieferern besteht. Die Lieferanten sind daher für jeden einzelnen Auftrag zweifach dem Wettbewerbsdruck ausgesetzt: einerseits bezüglich tiefen Preisangeboten und kurzen Lieferfristen, andererseits bezüglich guten Arbeitsbedingungen. Dies zwingt die Lieferanten oftmals, ihre Angaben bei Sozialaudits zu fälschen. Zudem geben die Fabrikbesitzer den Preisdruck direkt an ihre Arbeiterinnen weiter und zwingen diese systematisch zu unbezahlter, obligatorischer Überzeit.

Die Geschlechterdiskriminierung

- Rund 80% der Beschäftigten im Bekleidungssektor sind Frauen. Durch den zu tiefen Lohn gefangen in einer Spirale der Armut, gelingt es ihnen selten, ihre Situation zu verbessern. Familienpflichten, kulturelle und ökonomische Hemmnisse hindern Frauen daran, alternative Arbeitsmöglichkeiten zu suchen. Oftmals arbeiten diese Frauen auch hochschwanger weiter und müssen dabei sogar Abend- und Nachtschichten übernehmen. Die Supermarkt Giganten haben die Geschlechterdiskriminierung in den Produktionsländern zwar nicht verursacht, ihre Einkaufspolitik baut aber auf den bestehenden Diskriminierungsmustern auf und trägt massgeblich dazu bei, dass Frauen im unterprivilegierten Niedriglohnsektor stecken bleiben.

Die Forderungen der CCC:

Die CCC fordert von den Firmen im Bekleidungssektor:

1. Einführung eines Verhaltenskodexes (gemäss dem CCC-Modellkodex oder höher)
2. Umsetzungsmassnahmen für den Verhaltenskodex und Mitgliedschaft bei einer glaubwürdigen Multistakeholder-Initiative.

Die CCC fordert dabei speziell von den Supermarkt Giganten

Fokus auf Gewerkschaftsfreiheit, Einführung eines Bedürfnislohns (=Deckung der Lebenskosten) und Sofortmassnahmen zur Anhebung der Löhne, Massnahmen zur Behebung von genderspezifischen Diskriminierungen in den Fabriken, Massnahmen zur Einschränkung von temporären Anstellungen als Mittel zur Umgehung von Arbeitsgesetzen, Veröffentlichung der Lieferantenliste, langfristige Lieferantenbeziehungen.

3. Auswirkungen der gegenwärtigen Einkaufspraxis auf die Arbeitsbedingungen erheben und Gegenmassnahmen ergreifen, um negative Effekte zu stoppen. Resultate der Erhebung und der getroffenen Massnahmen öffentlich kommunizieren.
4. Preispolitik so gestalten, damit unrealistische Dumpingpreise auf Kosten der Arbeiterinnen gestoppt werden.

Die CCC fordert von den Regierungen:

1. Ratifizierung aller relevanten ILO-Konventionen sowie Verankerung in der nationalen Gesetzgebung, spezieller Fokus auf starke Gewerkschaftsrechte, Definition eines Minimallohnes, der einem Bedürfnislohn entspricht, Massnahmen um sicher zu stellen, dass temporäre Anstellungen nicht zur Unterwanderung der Arbeitsrechte benutzt werden, aktive Förderungen der Arbeiterrechte innerhalb der ILO.
2. Sicherstellen, dass Zusagen für ausländische Investoren dem Sitzland weiterhin erlauben, den eigenen Investitions- und Arbeitsmarkt zu regulieren und Arbeitsrechte durchzusetzen. Mechanismen, um alle Akteure in der Lieferkette für ihr Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen.
3. Gesetzliche Rahmenbedingungen (im Produktions- und Verkaufsland), um Supermärkte rechenschaftspflichtig zu halten für alle Arbeitsrechtsverletzungen. Rechtliche Grundlage für die ArbeiterInnen, um im Falle von Arbeitsrechtsverletzungen Entschädigungen einzufordern.

Die **Clean Clothes Campaign (CCC)** setzt sich für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der globalen Textilindustrie ein. Sie unterhält nationale Kampagnen in 12 europäischen Ländern und ein Netzwerk von 250 Organisationen weltweit. In der Schweiz wird die CCC-Arbeit von der Erklärung von Bern koordiniert und von 19 nationalen NGO mitgetragen.